

DGB-Delegation aus Niedersachsen dem „finnischen Geheimnis auf der Spur“

# PÄDAGOGISCHEN WUNDERN NICHT BEGEGNET

VON MATTHIAS FEUSER

**F**innland ist ein kleines Land, gemessen an der Zahl der Einwohner – da darf man niemanden zurücklassen!“ In diesem Satz von Jukka Sarjala, Präsident des Zentralamtes für Unterrichtswesen, zu Beginn unseres Gespräches anlässlich des Besuches einer DGB-Delegation aus Niedersachsen in Finnland verbirgt sich der grundsätzliche Gegensatz zu unserer deutschen Schule, deren pädagogische Arbeit überwiegend von der Angst bestimmt wird, dass ein Kind auf der „falschen“ Schule sein könnte. Aber auch das finnische Schulsystem war bis in die 70er Jahre von dieser Vorstellung geprägt. Damals gelang den Finnen eine Umbildung des Schulsystems von einer selektiven zu einer an der Förderung des einzelnen Kindes orientierten Schule.

Die finnische Grundschule beginnt mit dem 7. Lebensjahr, wobei mittlerweile 90 Prozent der Kinder auf Wunsch ihrer Eltern das Vorschuljahr besuchen, das an der Schule oder im Kindergarten absolviert werden kann. Ungewöhnlich ist für finnische Eltern die bei uns häufig vorzufindende Einstellung, dass man sein Kind möglichst lange von der Schule fernhalten will. Nach der Einschulung in die erste Klasse besuchen die finnischen Kinder in einer Jahrgangsstufe neun Jahre gemeinsam dieselbe Schule. Sie werden alle nach dem gleichen Lehrplan unterrichtet. In den ersten Jahren werden keine Noten gegeben. Ein Sitzenbleiben gibt es nicht. Bis zum Ende der sechsten Klasse liegt der Unterricht überwiegend in der Hand der Klassenlehrkraft. Die Klassen 7 bis 9 bilden die Oberstufe der Grundschule. Jetzt gilt das Fachlehrerprinzip. Nach der 9. Klasse wechseln 60% der jungen Menschen auf die gymnasiale Oberstufe; die anderen gehen auf die berufsbildenden Schulen. Man merkt Jukka Sarjala an, dass er stolz auf diese Übergangsquote ist, zumal PISA ihm bescheinigt hat, dass damit kein Verlust an Qualität verbunden ist. Die gymnasiale Oberstufe kennt keine Jahrgangsstufen. 45 Kurse sind verbindlich vorgeschrieben, 75 Kurse müssen absolviert werden. Die Schülerinnen und Schüler können sich schon nach zwei Jahren, müssen sich aber spätestens nach vier Jahren zur Prüfung melden. Das Abitur ist die einzige zentrale Prüfung in Finnland. Sie wird am gleichen Tag im ganzen Land nach einheitlichen Vorgaben durchgeführt. Die berufsbildende Schule führt in drei Jahren zu einem beruflichen Abschluss, der auch zum Studium an der Universität berechtigt.

Jukka Sarjala ist mit seinem Zentralamt für Unterrichtswesen verantwortlich für die Entwicklung der Lehrpläne, für die Fortbildung der Lehrkräfte und für die Durchführung von Evaluationen an den Schulen, die aber nicht als Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen durchgeführt werden. Diese hält er für viel zu aufwändig und letztlich unergiebig, um Schule qualitativ weiterzuentwickeln. Einmal im Jahr wird mittels einer Stichprobenerhebung in einem Fach an nur 5 bis 10% der finnischen Schulen deren pädagogische Qualität überprüft. Alle fünf Jahre ist jede Schule davon betroffen. Der Präsident des Zentralamtes für Unterrichtswesen lehnt es ab, gut arbeitenden Schulen, ein Zertifikat zu verleihen und Schulen abzustempeln, die nicht erfolgreich abgeschnitten haben. Alle sollen etwas lernen, z. B. ob es in den Lernkompetenzen Unterschiede zwischen Schulen in Lappland und Helsinki gibt und was man tun muss, um diese abzubauen. Denn das ist das wichtigste Ziel finnischer Schulpolitik: Jedes Kind muss in jeder



**Auch in Finnland wird nur mit Wasser gekocht: Frontalunterricht im Fach Geschichte in der 7. Klasse der „Grundschule“ Kruunuhan Yläaste in Helsinki.**  
Foto: Matthias Feuser

finnischen Schule in derselben Qualität pädagogisch und fachlich unterrichtet werden. Eine Schulaufsicht ähnlich wie die Bezirksregierungen in Niedersachsen gibt es in Finnland nicht. Verantwortlich für die materielle und personelle Ausstattung der Schulen sind die Kommunen. Sie sind gesetzlich verpflichtet, eine Grundschule zu unterhalten. Die Kosten teilen sie sich mit dem finnischen Staat. Finanzschwache Kommunen erhalten zusätzliche finanzielle Unterstützung.

**J**ukka Sarjala stellt heute zufrieden fest, dass die Ergebnisse der PISA-Studie bestätigt haben, dass die Entscheidung der Bauernpartei und der Sozialdemokraten vor 30 Jahren richtig war, als sie die damalige Volks- und Mittelschule in eine gemeinsame Schule für alle Kinder umwandelten. Außerdem kann nach Auffassung des Präsidenten des Zentralamtes kein Mensch vernünftig begründen, warum junge Menschen bestimmten Schulformen zugewiesen werden sollen. Für ihn ist jeder Mensch anders. Jeder hat einen eigenen Lernstil. Deshalb muss er in der Schule motiviert werden, auf seine Weise zu lernen.

Am nächsten Tag besuchen wir die Grundschule Kruunuhan Yläaste, ein alter Bau mitten in Helsinki. Wir wollen endlich das Geheimnis aufdecken, das die finnischen Schule so erfolgreich bei PISA hat abschneiden lassen. Lassi Kilponen, der Rektor der Schule, und seine Kollegin Maire Salo begrüßen uns im Lehrerzimmer. An ihrer Schule werden die Jahrgänge 7 bis 10 unterrichtet. Wie alle Schulen in Finnland gehen die Schülerinnen und Schüler um 14 Uhr nach Hause, manchmal müssen sie auch bis 15 Uhr bleiben. Die Schule ist wirklich kostenlos. Die Kinder erhalten sämtliche Bücher und Materialien, also auch Schreib- und Zeichenmaterial. Mittags gibt es für alle eine Mahlzeit. Im Unterschied zu den ersten sechs Schuljahren dominiert ab Jahrgang 7 das Fachlehrerprinzip. Die Schülerinnen und Schüler gehen in den Raum der Lehrkraft, um an dem Fachunterricht teilzunehmen.

Wir hospitieren in den Fächern Finnisch, Englisch, Naturwissenschaften, Mathematik, Geschichte und Musik. Pädagogischen Wundern begegnen wir an diesem Tag nicht. In allen Unter-

richtsstunden befinden sich im Fachraum mindestens 24 Kinder, die ihre Tische frontal nach vorne zur Lehrkraft ausgerichtet haben. Der Unterricht verläuft wie an unseren Schulen: Einführung in das Thema, Gruppen- oder Einzelarbeit, gemeinsame Erarbeitung der Lösung an der Tafel, manchmal auch Lehrervortrag. Im Fach Finnisch ist eine zweite Lehrkraft anwesend, um leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler zu unterstützen bzw. um sie gezielt zu fördern, denn ein Abschieben in die nächst niedrigste Schule ist in Finnland nicht möglich. In allen Unterrichtsstunden herrscht eine konzentrierte, freundliche Arbeitsatmosphäre. Die Kinder lernen anscheinend gerne in ihrer Schule.

**O**bwohl nach unserer Beobachtung in dieser und in anderen Schulen nicht wesentlich anders als bei uns unterrichtet wird, hat die PISA-Studie ergeben, dass Finnland das Land ist, wo die soziale Herkunft am wenigsten entscheidet, was aus einem Jungen Menschen wird. Die PISA-Studie hat auch gezeigt, dass das integrative Schulsystem in Finnland das Gesamtniveau steigert und nicht – wie bei uns immer noch angenommen wird – mindert.

Was ist nun aber das finnische Geheimnis, das wir während unseres Besuches aufspüren wollten?

Die finnische Schule ist eine ganz normale Schule. Es gibt aber drei wesentliche Unterschiede zu unseren Schulen in Niedersachsen, die die Grundlage für den finnischen Erfolg in der PISA-Studie sind: Der erste Unterschied ist der wichtigste: Die finnische Schule ist eine integrierte Gesamtschule. Alle Kinder lernen gemeinsam in einer Schule. Kein Kind wird ausgeschlossen. Zweitens geht es in der finnischen Schule immer um Förderung der Schülerinnen und Schüler und nie um ihre Auslese. Die Kinder und die Jugendlichen werden nicht abgestempelt, wenn sie Lernprobleme haben, sondern es wird ihnen geholfen. Drittens wird die pädagogische Arbeit der finnischen Kolleginnen und Kollegen in der Gesellschaft geschätzt.

Aufgrund dieser Unterschiede können in Finnland in der Schule Schülerinnen und Schüler eine hohe Qualität an Lernkompetenzen erwerben, ohne dass ein junger Mensch zurückgelassen wird.

Von England lernen? / Leistungstests und externe Evaluation haben die Schulen massiv verändert

# EIN ALBTRAUM FÜR ALLE BETEILIGTEN

VON CHRISTOPH HEISE

**Wenn die drei großen Lehrgewerkschaften im Vereinigten Königreich (NUT, NASUWT und ATL) alljährlich ihre Gewerkschaftstage durchführen und bestimmen bestimmen sie für eine Woche die Schlagzeilen der englischen Presse. Christoph Heise, Internationaler Referent beim GEW-Hauptvorstand war zu Gast und hat den folgenden Bericht mitgebracht:**

Vorsicht, be careful“, meint mein Gesprächspartner Peter Butler, der Präsident der NASUWT. „Vorsicht bei der Einführung von Leistungstests und externer Evaluation. Was wir in England in den letzten Jahren erlebt haben, ist inzwischen zu einem Albtraum geworden; ein Albtraum für die Kolleginnen und Kollegen, für die pädagogische Arbeit und für die Schule“. „Teaching to the test“ ist nur eine der Folgen. Insgesamt hat die Überfrachtung der eigentlichen pädagogischen Arbeit, insbesondere des „classroom teaching“ mit Verwaltungsarbeit, „Testeritis“ und Kontrollen zu einem Ausmaß geführt, dass von geregelten Arbeitszeiten und -tagen im Lehrerberuf schon lange nicht mehr die Rede sein kann. Verschärft wird die Belastung insbesondere für die älter werdende Stammebelegschaft dadurch, dass sie oft noch die Anleitung und die Arbeit der Hilfskräfte mitübernehmen müssen, vor allem aber durch die ständige Neueinführung von weiteren Tests und Jahrgangsprüfungen, der Umsetzung neuer Lehrprogramme und Kontrollen, und das unter dem Druck der Veröffentlichung der Ranglisten von Schulen. In diesem Kontext fordern die drei Gewerkschaften die Einführung der 35-Stunden-

Woche für Lehrerinnen und Lehrer – wie dies kürzlich in Schottland erreicht wurde, außerdem die Abschaffung der Ranglisten („league tables“) und zusätzlicher Tests. In

Nordirland und Wales sind die „league tables“ kürzlich abgeschafft worden – in Schottland hat es sie gar nicht erst gegeben. Zur Durchsetzung dieser Forderungen haben die Gewerkschaften auf ihren diesjährigen Kongressen Aktionen bis hin zum Streik beschlossen. Das Problem „work load“ wird in der öffentlichen Diskussion auch von Politikern als existent zugegeben. Die Regierung ist aber gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche. Die Ministerin (Estelle Morris) setzt sich stattdessen dafür ein, dass die Lehrerinnen und Lehrer ein fest definiertes Kontingent ihrer Arbeitszeit für Korrekturen und Vorbereitung erhalten sollen.

Außerdem will man das Problem der Überlastung mit der Beschäftigung von Assistenten („teacher assistants“) lösen – diese (pädagogisch nicht qualifizierten) Hilfskräfte sollen technische Aufgaben, Betreuung, Beaufsichtigung etc. übernehmen und dadurch das pädagogische Personal entlasten. Die Einführung dieser neuen

Kategorie von Beschäftigten an der Schule wird von den Lehrgewerkschaften nicht grundsätzlich abgelehnt. Die Praxis zeige aber schon jetzt, dass die Hilfskräfte zur Abdeckung von Unterricht und Vertretung eingesetzt werden und damit zur Entprofessionalisierung des Lehrerberufes beitragen. Für die NASUWT ist die Frage der Definition des Lehrerberufes zu einer strategisch entscheidenden geworden, deshalb spielte auf ihrem Kongress die Diskussion des Berichtes „report on the teaching profession“ eine zentrale Rolle.

Dies auch vor dem Hintergrund des akuten Lehrermangels: Die Entwicklung der Lehrerversorgung verläuft in England, und hier insbesondere in London und Südengland, zunehmend dramatisch. Es fehlt an Lehrkräften im Umfang von 40 000 Lehrstellen, insbesondere in den Naturwissenschaften und Mathematik, aber auch in anderen Fächern. Besonders dramatisch erscheint der Übergang vom Studium in den Beruf: Nur 70% der Lehramtsabsolventen gehen anschließend in den Lehrerberuf. 30% von diesen Berufsanfängern verlassen den Beruf nach spätestens drei Jahren, so dass nur 56% der Lehramtskandidaten nach dem vierten möglichen Berufsjahr noch als Lehrkraft zur Verfügung stehen. Die Probleme, Lehrer zu gewinnen bzw. im Lehrerberuf zu halten („recruitment and retention“) führen die Gewerkschaften auf die schlechten finanziellen, vor allem aber auf die katastrophalen

Bedingungen und Beschäftigte als Billiglohnkräfte, „cheap labour“. Kolleginnen und Kollegen berichteten von Schulen im Raum London, wo die einzigen fest Beschäftigten noch der Schulleiter/die Schulleiterin und deren Vize sind – ansonsten nur noch Beschäftigte mit Kurzzeit- und Hilfsverträgen.

Eine andere aktuelle Diskussion betrifft die Gehaltsstruktur: Die Blair-Regierung hat leistungsbezogene Elemente in der Lehrerbeseoldung eingeführt. Dabei ist es den Gewerkschaften in den vergangenen Jahren gelungen, die Kriterien so zu gestalten, dass alle LehrerInnen, die sich im Beruf haben „checken“ lassen, die Schwelle („threshold“) für eine höher dotierte Lehrerbeseoldung überwinden. Die Beurteilung der Lehrer erfolgt nach festgelegten Kriterien und einem transparenten Verfahren. Die Praxis sieht allerdings so aus, dass viele derjenigen, die den „threshold“ geschafft haben, dennoch nicht in den Genuss der besseren Beseoldung kommen, weil angeblich nicht genug Geld für alle vorhanden sei – was dazu führt, dass nach dem Urteil von Schulleitern die „besseren“ der geprüften Lehrkräfte Zulagen erhalten – Willkür und Frustration sind die Folge.

Darüber hinaus hält die Lehrerbeseoldung nicht mit der Beseoldung vergleichbarer Berufe mit. Deshalb fordern die Gewerkschaften einen Mindestlohn von 30 000 Pfund pro Jahr. Besonders kritisch ist die Lage wegen der exorbitanten Lebenshaltungs- und Wohnungskosten in London und im Gürtel um London; auch dies ein Grund für die Abwanderung aus dem Lehrerberuf – so dass eine extra London-Zulage helfen soll. Diese Zulage, die es jetzt schon gibt, beträgt für Lehrkräfte ca. 2000

Pfund, für Polizisten 6000 Pfund pro Jahr. Die Gewerkschaften

setzen sich für eine deutliche Steigerung ein und haben auch hier mit Streiks gedroht.

Ob es tatsächlich zu Streiks kommen wird, ist eine andere

Frage. Die Ministerin hat eine kräftige Anhebung der Lehrergehälter im Kontext mit den Budgetbeschlüssen für September 2002 zugesagt. In den Gewerkschaften wird durchaus anerkannt, dass die Blair-Regierung, im Unterschied zu den vorangegangenen Regierungen, wesentlich mehr für Bildung tut. So sind die Bildungsausgaben inzwischen wieder bei 5,3% des Brutto sozialproduktes, während sie unter den konservativen Regierungen von einst 6,7 auf 4,3% gefallen waren. Die Kritik der Gewerkschaften richtet sich darauf, dass der größte Teil dieses Geldes nicht zur Verbesserung des täglichen Schulbetriebes und der Lehrergehälter eingesetzt wird, sondern über ständig neue Projekte, Programme, Tests und Kontrollaufgaben geschluckt wird.

Lernen von England? Vielleicht, aber mit Vorsicht oder mit den Worten Peter Butlers: „Be careful – you have been warned“ (<http://www.teachersunion.org.uk>)



Testeritis prägt....

Bedingungen der Arbeitsbelastung zurück. Wenn es gelänge, alle Absolventen in den Beruf zu bringen, gäbe es keinen aktuellen Lehrermangel; auch deshalb dringen die Gewerkschaften auf grundlegende Verbesserungen im Ansehen, in der Bezahlung und in den Rahmenbedingungen der Arbeit. Die Regierung reagiert mit kurzfristigen Hilfsmaßnahmen: Seiteneinsteiger sollen mit Prämien und mit Praxis-Schnellkursen gefördert werden. Außerdem wird in großem Stil in Ex-Commonwealth-Ländern der „Dritten Welt“ nach Lehrkräften gesucht. Diese Suche wird von privaten Agenturen übernommen, die Lehrkräfte z.B. aus Schwarzafrika mit großen Versprechungen anwerben. Diese erhalten dann als Aushilfslehrkräfte vielfach nur fünf Pfund pro Stunde, ohne soziale Sicherungen. Die meisten geben nach kurzer Zeit wieder auf, maximal bleiben sie zwei Jahre. Insgesamt führt das dazu, dass ein großer Teil der Schulen ein gespaltenes Kollegium hat: Beschäftigte mit festen Stellen im sozial gesi-

Vier Jahre hat es gedauert: Mit einem Volksbegehren und immer wieder mit zahlreichen Aktionen haben sich in Niedersachsen die pädagogischen Fachkräfte, Eltern, viele Fachverbände und nicht zuletzt die GEW erfolgreich für den Erhalt des niedersächsischen Kindertagesstätten-Gesetzes eingesetzt. Zum 1. August 2002 wurden jetzt auch die bis dahin ausgesetzten „alten“ Durchführungsverordnungen (die 1. und 2. DVO) wieder in Kraft gesetzt, die 20%ige Personalkostenförderung wird ab sofort wieder direkt vom Land an die Träger ausbezahlt. Die „Strukturqualität“ der niedersächsischen Kindertagesstätten (die äußeren, durch Mindeststandards gesicherten Rahmenbedingungen) ist auf dem Stand von vor 1999 wieder vollständig gesetzlich abgesichert.

## LANDESWEITER AKTIONSTAG

Aus diesem Grund hat der aus dem Volksbegehren hervorgegangene Verein „Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V.“ zu einem landesweiten Aktionstag und zu dezentral im ganzen Land organisierten Aktionen und Festen aufgerufen. Punkt 12 Uhr stiegen in Niedersachsen 80 000 goldgelbe Luftballons mit der Aufschrift „Kinder sind Gold wert – die Investition in die Zukunft“ in den Himmel. Die Organisatoren hatten mit der Verteilung von ca. 10 000 Ballons gerechnet – und waren überwältigt von der nicht enden wollenden Nachfrage von knapp 20% aller Kindertagesstätten aus allen Trägerorganisationen. Hätte man logistisch auch alle Schulen erfassen können – ich denke, der ganze Himmel über Niedersachsen wäre goldgelb gewesen!

(Dank eines großzügigen Sponsoring durch die GEW konnten die meisten Einrichtungen auch mit den Ballons beliefert werden. In der Endphase der Planung unterstützte dann ver.di die Aktion noch mit eigenen Ballons mit der Aufschrift „Kinder bilden Zukunft“.)

Die riesige Resonanz auf den Aufruf machte ganz deutlich, dass Bildung und Erziehung ein Thema ist, für das sich ganz viele Menschen in Niedersachsen spontan stark machen. Spätestens seit PISA geht die Debatte ja weiter: Gerade



Jetzt gilt wieder das „alte“ Kita-Gesetz. Das Bündnis feierte das Ereignis mit einem landesweiten Aktionstag.  
Fotos (2): Heide Tremel

im Elementarbereich brauchen wir einen ganzheitlichen Bildungsansatz, der die biographische Geschichte der einzelnen Kinder berücksichtigt und die Kinder dort „abholt“, wo sie stehen. Bezugspersonen in der Kita und später in der Schule haben heutzutage immer stärker Anteil an der Förderung und Entwicklung der von den Kindern „mitgebrachten“ Potenziale. Dabei wird die von der Landesregierung zukünftig geförderte Sprech- und Sprachförderung sicherlich eine ganz

Freude am Lernen ist, wenn das Umfeld stimmt, bei Kindern ohnehin immer vorhanden – im vor-schulischen Bereich vor allem als ein „Selbst“-Bildungsprozess des Kindes mit seiner ganzen Person.

In diesem Sinne eine „innere“ Qualitätsweiterentwicklung der Kindertagesstätten zu erreichen, ist ein notwendiges und weiteres Ziel im Kindertagesstättenbereich.

Mit einem gut besuchten Fachsymposium zum Bildungsthema im Elementarbereich setzte daher der Aktionstag auch ein bildungspolitisches Signal. Die Bildung von Kindern und die Haltung der Erwachsenen zum Kind wurde aus völlig unterschiedlichen Sichtweisen von Experten vorgetragen: Prof. Dr. Heckmann trug mit einem philosophisch-ethischen Ansatz, der bis zu Aristoteles zurückführte, zu einem ganzheitlichen Menschenbild bei, unterstützt von Dr. Saßmannshausen, der eine entsprechende Umsetzung in der Haltung der Erziehenden in der pädagogischen Praxis forderte. Prof. Dr. Emrich unterstützte mit neuesten Ergebnissen aus der neurophysiologischen Hirnforschung die Forderung, unwiederbringliche frühe Ziele von Kindern nicht verstreichen zu lassen und – eher pragmatisch orientiert – vertrat Herr Feuchthofen von den hess. Unternehmerverbänden die dringende Notwendigkeit, mehr für die Qualitätssteigerung von Bildungsprozessen im Elementar- und Primarbereich zu investieren. Es wird hierzu demnächst eine Dokumentation geben.

80 000 goldgelbe Luftballons steigen in den Himmel

# KINDER SIND GOLD WERT

wichtige Aufgabe des Kindergartens sein, aber nicht nur. Wichtig ist es, die Kinder zu einer positiven Selbsteinschätzung zu führen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, ein wichtiges und ernst genommenes Mitglied in unserer Gemeinschaft zu sein. Die natürliche Neugierde, das Spiel und die



## KINDER BILDEN ZUKUNFT

Allen gemein blieb das Motto des Aktionstages: In die Bildung und Erziehung von Kindern investieren! Für diese Forderung lohnt es sich, sich auch bei leeren Kassen einzusetzen! Das haben die Kindertagesstätten, die TeilnehmerInnen am Symposium und die vielen für das Volksbegehren Kita-Gesetz aktiven Menschen in Niedersachsen deutlich gemacht!  
HEIDE TREMEL

**Punkt 12 Uhr in Niedersachsen: 80 000 gelbe Luftballons steigen in den Himmel.**

## Leistung und Wettbewerb in der Schule

# ZWEIFEL AN DER KOMPETENZ DER POLITIKER

VON HERBERT KASTNER

In den letzten Monaten steht das Thema „Leistung“ im Vordergrund der Auseinandersetzung um die Aufgabe der Schule nach der PISA-Studie. Mit immer neuen Ideen seitens des Kultusministeriums oder auch des Ministerpräsidenten wird die Schule vor ständig neue Anforderungen gestellt, die bei Lehrern und Schülern als den eigentlich Betroffenen keine Ruhe aufkommen lassen, die für Erziehung und Bildung doch eine Voraussetzung wäre.

Dabei greift das Kultusministerium im Gegensatz zur Absicht, eine „erlassfreie“ Schule zu schaffen, auch schon mal direkt und unmittelbar in das Unterrichtsgeschehen ein, wenn es z. B. vorschreibt, dass in allen 8. Klassen der Hauptschulen in Niedersachsen in der 2. Unterrichtsstunde in 45 Minuten eine Mathematikarbeit mit zentral vorgegebenen Aufgaben und Bewertungsmaßstäben zu schreiben ist. Neben dem Lehrer soll ein Mitglied der Schulleitung die Mini-Abiturarbeit beaufsichtigen.

Was neben der Eigentümlichkeit des „Dienstweges“ erstaunlich wirkt, ist die Begründung. So soll durch den Vergleich der Ergebnisse u. a. für mehr Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler gesorgt werden! Glaubt man denn wirklich, dass durch solche Vergleichsarbeiten die Chancengleichheit gefördert werden kann? Hat man auch überlegt, wie bei den zu erwartenden unterschiedlichen Ergebnissen der zum Teil selbst angeordnete Schaden behoben werden kann?

Ohne auf die Fragwürdigkeit solcher Vergleiche ohne Berücksichtigung der Randbedingungen an dieser Stelle einzugehen, wirft die grundsätzliche Frage nach Leistung und Wettbewerb in der Schule Zweifel an der Kompetenz der verantwortlichen Politiker auf. Der Begriff der Leistung wird zu kurz gegriffen, wenn diese sich auf das sicherlich erforderliche Wissen und Können in Mathematik oder im Leseverständnis beschränkt.

Nach dem umfassenden Verständnis von Leistung müssen die Schülerinnen und Schüler angemessen gefordert und gefördert werden. Letzten Endes geht es nämlich um die Verbesserung der Bildungs- und Lebenschancen aus mehr individuellen Gründen nach dem Grundsatz „Bildung ist Bürgerrecht“.

Andererseits geht es aber auch unter mehr ökonomischem Aspekt um das gesellschaftliche Bedürfnis nach einer möglichst großen Anzahl qualitativ hochwertig gebildeter Menschen. Hier sind erste Zweifel angebracht, wenn z. B. in Bayern die Anzahl der Abiturienten durch frühe Auslese bewusst gering gehalten wird. Beide Begründungsansätze machen es vielmehr notwendig, allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die Zugänge zu schulischen Bildungsgängen und Abschlüssen zu eröffnen und damit u. a. das spätere Erreichen sozialer Positionen in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Eine verfrühte Auslese und damit Verengung der Bildungsgänge etwa schon nach dem 4. Schuljahr widerspricht dem Verständnis optimaler Bildung für alle. Jeder Schritt in diese Richtung ist kontraproduktiv. Noch einmal: Bildung aus politischer Sicht als Bürgerrecht proklamiert, erfordert die bestmögliche Förderung des Einzelnen, d. h. die Vermeidung von zu früher und nicht mehr korrigierbarer Festlegung des Bildungsganges. Bildung aus mehr ökonomischen Gründen erfordert einen möglichst hohen Leistungsstand, d. h. schwerpunktmäßig Maßnahmen der Leistungsdifferenzierung ohne Aufgabe weitgehend gemeinsamer Bildung.

Die Steigerung der meist auf den intellektuellen Bereich eingeeengten Leistungsfähigkeit des einzelnen Schülers ist dabei nicht das einzige gesellschaftlich allgemein anerkannte Ziel, es darf auch nicht das Ziel der schulreformerischen Bemühungen sein. Kritikfähigkeit, Kreativität, Kooperationsfähigkeit und soziales Lernen sind ebenfalls und in unserer Zeit eigentlich immer stärker Ziele einer Bildungsreform, die mehr sein muss als ein Herumbasteln an Organisationsformen von Schule.



Was Bildungspolitikern und -politikern derzeit zum Thema Leistung und Wettbewerb in der Schule einfällt, weckt Zweifel an ihrer Kompetenz. Ihr Begriff von Leistung greift zu kurz. Foto: Manfred Vollmer

## 40 Jahre in der GEW

Zum 40-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im September folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Irmgard Behrens, Schneverdingen; Klaus Bratz, Rhaderfehn; Andreas Ewert, Hannover; Gerhard Hente, Hann. Münden; Martin-Uwe Jahn, Hannover; Ingrid Lohmann, Ostercappeln; Ursula May, Duderstadt; Godehard Murkisch Göttingen; Verena Rabe, Hardegsen; Ernst Schmidt, Westoverledingen.

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.

Eine Gesellschaft ohne Leistungsverpflichtungen gibt es nicht. Aber Leistung auch unter dem oben beschriebenen umfassenderen Begriff kann nicht als das bloße Vermögen verstanden werden, sich in der Gesellschaft „durchzusetzen“ und sich auf „höhere“ Positionen zu schwingen. Leistung unter Einschluss sozialen Lernens erfordert die Fähigkeit zu Solidarität und Zusammenarbeit.

Wenn die „Ellenbogenfreiheit“ im Durchsetzen eigener Interessen des Menschen abgelehnt wird, müssen dem Wettbewerb Grenzen gezogen werden. Das gilt auch für den Wettbewerb zwischen Schulen, insbesondere dann, wenn es um das beste Abschneiden von Schülerleistungen im kurz gefassten Sinn von Testarbeiten z. B. in Mathematik und Deutsch geht. In einem solchen Wettbewerb, wie er neuerdings proklamiert wird und der nicht einmal die Randbedingungen berücksichtigt, kann nicht der Sinn von Schule liegen.

„Wenn wir Arbeit und Lernen und Wissen ganz im Prinzip der Leistung aufgehen lassen und alles, was Leistung heißt, in Messbarkeit, dann wird unser Verfahren nicht nur unmenschlich, es wird auch gesellschaftlich und pädagogisch sinnlos.“ (v. Hentig).

### EW NIEDERSACHSEN

#### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover  
Telefon (05 11) 3 38 04-0, Fax (05 11) 3 38 04-46

**Vorsitzender:** Torsten Post, Hannover

**Verantwortl. Redakteur:** Joachim Tiemer, Hildesheim

**Redaktion:** Dr. Margit Frackmann, Richard Lauenstein,  
Hans Lehnert, Almut Lüpkes, Brunhild Ostermann,  
Jürgen Sonnemann, Horst Vogel, Norbert Voß

#### Postanschrift der Redaktion:

EuW, An der Beeke 5 B, 31137 Hildesheim  
Fax (0 51 21) 6 52 50

E-Mail: Joachim.Tiemer@t-online.de

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 Euro zzgl. 11,30 Euro Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 15. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

#### Verlag mit Anzeigenabteilung:

STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel. (02 01) 8 43 00-0, Fax (02 01) 47 25 90

E-Mail: anzeigen@stamm.de, Internet: www.stamm.de

#### Verantw. für Anzeigen:

Mathias Müller

Gültige Preisliste Nr. 26 vom 1. Oktober 2001

Anzeigenschluss am 20. des Vormonats

#### Gesamtherstellung:

Kornelia Schick

Adlerstr. 8, 31228 Peine, Tel. (0 51 71) 2 42 54,

Fax (0 51 71) 92 93 97, E-Mail: satzschick@t-online.de

**Druck:** Druckhaus A. Schlaeger GmbH,

Woltorfer Straße 116, 31224 Peine,  
Tel. (0 51 71) 4 00 20, Fax (0 51 71) 1 64 24

ISSN 0170-0723